

# Sitzungsniederschrift

## 9. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: <b>Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>28.02.2023</b>	Sitzungsbeginn: <b>14:30 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>16:49 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Behrends, Kuno	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Albers, Angelika	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Bathmann, Harald	SPD	
Behrens, Sven	CDU/FDP	
Bents, Kay	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
de Vries, Kevin	SPD	
Emkes, Helmut	CDU/FDP	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Forster, Hans	SPD	
Gedes, Hilko	CDU/FDP	Stv. Landrat
Gerpen, Dorothea van	SPD	
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin

Harms, Uwe	CDU/FDP	
Ihmels, Beate	SPD	
Jacobsen, Alfred	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleen, Johannes	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Krüger, Detlev	FW im LK Aurich	
Krüsmann, Enno	SPD	
Meinen, Olaf		Landrat, bis TOP 10
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im LK Aurich	
Odens, Roelf	CDU/FDP	
Ott, Gunnar	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender GRÜNE
Reinken, Wilhelm	FW im LK Aurich	
Saathoff, Georg	SPD	
Schiffmann, Fabian	SPD	
Seeberg, Timo	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Siebels, Wiard	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Stegemann, Regina	GRÜNE	
Stöhr, Uwe	SPD	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Ubben, Heinrich	FW im LK Aurich	
Ubben, Hilde	FW im LK Aurich	Fraktionsvorsitzende FW im LK Aurich
Weiss, Edgar	FW im LK Aurich	
Wienbeuker, Johann	FW im LK Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	
<b>Verwaltung</b>		
Aden, Jens		
Ahten, Eiko		Baudezernent

Flohr, Dagmar	Kreisrätin
Foortmann, Christel	
Jelden, Frauke	
Müller, Michael	
Neumayer, Nikolai	
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Saathoff, Irene	
Schoone, Vera	Protokollführerin
Smolinski, Sebastian	Kreisrat
von Prüssing, Matthias	

Nicht anwesend:

**Mitglieder**

Buss, Sarah	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzende FDP
Harms, Erich	SPD	
Looden, Jan	AfD	Fraktionsvorsitzender AfD
Reinders, Hermann	CDU/FDP	
Saathoff, Johann	SPD	
Schoone, Friede	SPD	
Trauernicht, Matthias	FW im LK Aurich	
Tyedmers, Johannes	AfD	
Weilage, Udo	CDU/FDP	

**Verwaltung**

Müller-Gummels, Rainer	
Wessels, Laura	Protokollführerin

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 10.11.2022
5. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 08.12.2022
6. Genehmigung der Niederschrift der Informationsveranstaltung vom 07.02.2023



---

7.	Einwohnerfragestunde
8.	Vorstellung von Dirk Balster, Geschäftsführer der Trägergesellschaft Aurich-Emden-Norden mbH
9.	Beschlussvorlage zur Kita-Vereinbarung Vorlage: X/2023/016
10.	Beschluss über die Richtlinie des Landkreises Aurich über die Förderung für Schwerpunkttagesstätten für Kinder und zur Exzellenzförderung (Qualitätsförderung) Vorlage: X/2023/010
11.	Wirtschafts- und Stellenplan 2023 des Eigenbetriebes "Rettungsdienst des Landkreises Aurich" Vorlage: X/2023/014
12.	Wahl von 11 Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Geschworenen in den Amtsgerichtsbezirken Aurich, Emden und Norden für die Wahlperiode 2024 - 2028 Vorlage: X/2022/152
13.	Antrag der Fraktion Alternative für Deutschland vom 13.12.2022; Gehölzbeseitigungsmaßnahmen in Südbrookmerland stoppen, Maßnahmen erneut prüfen und Alternativen aufgreifen Vorlage: X-AF/2022/046
14.	Resolution der Fraktion Alternative für Deutschland vom 13.12.2022; Gehölzbeseitigungsmaßnahmen in Südbrookmerland müssen gestoppt werden Vorlage: X-AF/2022/045
15.	Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 05.02.2023; Erweiterung der Zuständigkeit des ARUuK um den Aufgabenbereich Straßen und Wege Vorlage: X-AF/2023/005
16.	Bericht des Landrates
17.	Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
18.	Einwohnerfragestunde
19.	Schließung der öffentlichen Sitzung

---

Öffentlicher Teil:

**TOP 1            Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

**Vorsitzender Behrends** eröffnete um 14:33 Uhr die öffentliche Sitzung.

---

**TOP 2            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.**

---

**TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

**Abg. Meyerholz** beantragte die Absetzung der Tagesordnungspunkte 9 und 10 sowie den Verweis in den Finanzausschuss. Der Beschlussvorschlag mit der darin enthaltenen Beauftragung an die Verwaltung könne nicht ohne weiteres erteilt werden. Aus der Sach- und Rechtslage der Beschlussvorlage würden sich die Eckpunkte der Kita-Vereinbarung aus Dezember 2022 ergeben, die mit den Kommunen abgestimmt sei. Diese würde erhebliche Auswirkungen auf den Kreishaushalt mit sich bringen. Eine Befassung im Finanzausschuss habe jedoch nicht stattgefunden.

Derzeit sei noch nicht klar erkennbar, wie hoch die Ein- und Ausgaben durch die neue Vereinbarung seien, so **Abg. Meyerholz**. Auch seien für die Folgejahre noch keine Beträge angegeben. Nach Rückfragen, die seine Fraktion bei einigen Städten und Gemeinden gestellt hätten, würden dort noch einige Probleme und Rückfragen bestehen. Bisher seien die Zuwendungen an die Kommunen nach der nicht mehr geltenden Vereinbarung aus dem Jahr 2020 gezahlt, es würde sich jedoch immer um andere Beträge handeln, die sich in den letzten Jahren kontinuierlich verringert hätten. Er frage sich, ob den Kommunen bewusst sei, dass sie weniger Geld bekommen hätten.

**Abg. Meyerholz** erklärte, es gebe noch zu viele offene Fragen, unter anderem zur Vereinheitlichung der Kita-Gebühren oder zum Gütesiegel. Daher sei ein Beschluss am heutigen Tag nicht möglich.

Zu Tagesordnungspunkt 10 gelte ähnliches. Auch hier sei die Absicht zwar gut, ohne Erläuterung der Einzelheiten könne man jedoch nicht zustimmen, so **Abg. Meyerholz**. Die Kosten im Jahr 2023 würden sich auf 1,25 Mio. €, im Jahr 2024 aber auf 2,5 Mio. € belaufen. Hier seien zum Beispiel genauere Erläuterungen notwendig. Daher beantrage er auch für diesen Punkt eine Absetzung sowie den Verweis in den Finanzausschuss.

Sodann stimmte der Kreistag über die Absetzung von TOP 9 sowie den Verweis in den Finanzausschuss ab:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 36      Enthaltungen: 1  
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Anschließend stimmte der Kreistag über die Absetzung von TOP 10 sowie den Verweis in den Finanzausschuss ab:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 36      Enthaltungen: 1  
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

**Die Tagesordnung wird festgestellt.**Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 37      Nein-Stimmen: 13      Enthaltungen: 0  
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**



**TOP 4** Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 10.11.2022

**Die Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 10.11.2022 wird genehmigt.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 49      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 1  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 5** Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 08.12.2022

**Die Niederschrift - öffentlicher Teil – vom 08.12.2022 wird genehmigt.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 2  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 6** Genehmigung der Niederschrift der Informationsveranstaltung vom 07.02.2023

**Die Niederschrift der Informationsveranstaltung vom 07.02.2023 wird genehmigt.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 42      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 8  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 7** Einwohnerfragestunde

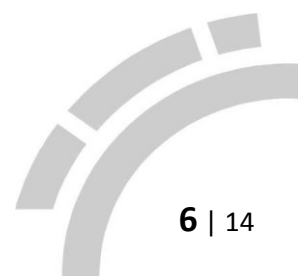
Ein Bürger fragte, welche Kündigungsfristen in der Kita-Vereinbarung vorgesehen seien.

**Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärte, der Entwurf enthalte keine Kündigungsfristen, es sei jedoch eine Laufzeit von zehn Jahren vorgesehen.

---

**TOP 8** Vorstellung von Dirk Balster, Geschäftsführer der Trägergesellschaft Aurich-Emden-Norden mbH

**Geschäftsführer der Trägergesellschaft Balster** stellte sich den Anwesenden vor. Er berichtete, dass er seit Januar 2023 die Geschäftsführung übernommen habe. Zuvor sei er zehn Jahre als Geschäftsführer einer Klinik in Chemnitz tätig gewesen. Davor habe er als Unternehmensberater im Bereich Krankenhaussanierungen gearbeitet.



Zu seinen ersten Schritten gehöre zunächst eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation, so **Geschäftsführer Balster**. Mit dem Bau der Zentralklinik und dem Zeitplan habe man sich vor dem Hintergrund der Finanzierung und des Fachkräftemangels ein ambitioniertes aber richtiges Ziel gesetzt. Es seien noch einige Schritte zu gehen, er habe jedoch ein tolles und engagiertes Team vorgefunden, mit dem man die große Herausforderung angehen könne.

**Abg. Forster** erklärte, es würden zwei große Herausforderungen bestehen. Zum einen müsse die Zentralklinik auf den Weg gebracht werden, zum anderen müssten in der Zwischenzeit aber auch die bestehenden drei Standorte aufrecht erhalten bleiben. In der Bevölkerung sei die geplante Zentralklinik kontrovers diskutiert worden. Diese Diskussionen werde es auch in Zukunft geben. Um sowohl die Bürger als auch die Politik während der gesamten Planungs- und Bauphase mitzunehmen, bedürfe es einer gewissen Strategie. Es sei unabdingbar, dass es eine gute und transparente Kommunikationsstruktur für die Öffentlichkeit und die Politik gebe.

**Geschäftsführer Balster** stimmte dem Abg. Forster zu. Kommunikation und Information seien wichtige Bestandteile. Man sei zudem mit der Planung der Zentralklinik in gewisser Weise der Reformdiskussion von Gesundheitsminister Lauterbach zuvorgekommen.

**Abg. Albers** wies darauf hin, dass es immer häufiger vorkomme, dass Honorarärzte und Pflegekräfte bewusst zu Personalverleihern wechseln würden, um dann für bessere Konditionen an die Krankenhäuser vermittelt zu werden. Ziel müsse daher sein, die Zufriedenheit unter den Mitarbeitenden zu verbessern und weitere Ärzte zu gewinnen. Zudem fragte sie Geschäftsführer Balster, wie man die Ängste der Norder Bürger verringern oder entkräften könne. Ein Wunsch ihrerseits sei überdies, dass die Klinik betreffende Zahlen nicht nur hinter verschlossenen Türen im Aufsichtsrat, sondern auch im Ausschuss für Gesundheit und Pflege bekannt gegeben würden.

**Geschäftsführer Balster** erklärte, ein wichtiger Baustein seien das Personalentwicklungskonzept sowie die Arbeitgebermarke. Man müsse über Chefärzte attraktive Medizin anbieten, um auch Nachwuchsmitarbeiter akquirieren zu können. Ihm sei es nicht fremd, dass sich Pflegekräfte an Agenturen wenden würde. Zum zweiten Punkt erklärte er, dass er in Norden bezüglich der medizinischen Leistungsfähigkeit eine schwierige Situation vorgefunden habe. Seine bisherigen Erkenntnisse seien aber noch nicht aussagekräftig genug, um eine spruchreife Lösung zu präsentieren. Bezüglich der Transparenz in den Gremien teilte **Geschäftsführer Balster** mit, dass dies mit den jeweiligen Gesellschaftern abzustimmen sei.

**Abg. Meyerholz** fragte, ob es richtig sei, dass ca. 500 MitarbeiterInnen mit Eröffnung der Zentralklinik ihren Arbeitsplatz verlieren würden und wie ein Übergang der Kliniken ohne Qualitätsminderung gelingen könne.

**Geschäftsführer Balster** erklärte, er sei froh über jeden MitarbeiterIn. Es werde definitive Änderungen in den Strukturen geben, ob es sich aber um 500 Köpfe handeln würde, könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage treffen.

**Abg. Altmann** fragte Geschäftsführer Balster, ob er gewusst habe, was ihn an finanziellem Gepäck erware und wie er mit der Situation umgehe. Sein Vorgänger habe die Aufgabe gehabt, drei Häuser zu sanieren. Dies sei nicht gelungen. Ihm wünsche sie für die Aufgabe viel Erfolg.



**Geschäftsführer Balster** erklärte, er habe ihm Vorfeld volle Transparenz und alle notwendigen Informationen bekommen. Es bestehe eine systemische Unterfinanzierung aus den letzten Jahren. Nun müsse jeder Stein umgedreht werden und man müsse sich fragen, welche Leistungen auch weiterhin angeboten und welche in Zukunft eventuell nicht mehr vorgehalten werden könnten.

**Abg. Weiss** berichtete von gewissen Bedenken zur Zentralklinik. Er fragte, wie hoch die Zuversicht sei, dass man sich im Zeitrahmen entwickeln würde.

**Geschäftsführer Balster** erklärte, im Wesentlichen seien die Hausaufgaben bereits gemacht. Man warte nun auf den Förderbescheid, dann könne man den weiteren genauen Plan besprechen.

**Abg. Siebels** berichtete, dass am Vormittag im Landtag der Entwurf einer Nachtrags-haushaltssatzung beraten worden sei. In diesem Entwurf seien Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 210 Mio. € für Strukturveränderungen in der Kliniklandschaft enthalten. Dieses Geld sei nicht in vollem aber in erheblichem Umfang für die Zentralklinik vorgesehen. Damit sei eine erste haushaltsrechtliche Absicherung des Projektes durch das Land Niedersachsen geschaffen. An alle Befürworter richtete **Abg. Siebels** einen vorsichtigen Appell. Man müsse trotz politischer Grenzen eng beieinander bleiben, um ein starkes Signal, auch nach Hannover, zu senden.

**Abg. Meyerholz** fragte, ob es möglich sei, mit den Strukturveränderungsmitteln die bisher vom Landkreis und der Stadt Emden gezahlten Kosten zu erstatten.

**Abg. Siebels** erklärte, es gehe bei den vorgesehenen Mitteln eher um die Neustrukturierung und weniger um Planungsleistungen. Eine konkrete Antwort sei ihm jedoch nicht möglich.

---

**TOP 9**            **Beschlussvorlage zur Kita-Vereinbarung**  
**Vorlage: X/2023/016**

**Herr Müller** und **Herr von Prüssing** stellten anhand einer PowerPoint-Präsentation die Kita-Vereinbarung sowie die Richtlinie über die Förderung für Schwerpunkttagesstätten für Kinder und zur Exzellenzförderung (Qualitätsförderung) vor. *(Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt)*

**Abg. Meyerholz** fragte, wann die 2,6 Mio. € an die kreisangehörigen Gemeinden ausbezahlt würden. **Herr Müller** erklärte, dies passiere, sobald die Vereinbarung von allen unterschrieben sei. Weiterhin fragte **Abg. Meyerholz**, wie der Betrag von 4,951 Mio. €, der in den finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage genannt sei, zustande komme. **Herr Müller** erklärte, dies sei der Differenzbetrag zu den bisher eingeplanten Zuschüssen.

**Abg. Weiss** erfragte, ob es über die Beschlussvorlage hinaus noch weitere Informationen zur endgültigen Vereinbarung gebe. **Herr Müller** wies darauf hin, dass in der Sach- und Rechtslage alle Eckpunkte erläutert seien, die unmittelbar Auswirkungen auf die Vereinbarung hätten und dort Platz finden würden.



**Abg. Tammen** zeigte sich erfreut darüber, dass nach über zwei Jahren nun eine neue Kita-Vereinbarung vorliegen würde. Es sei jedoch nach der plötzlichen Ankündigung der Übernahme durch den Landkreis über ein Jahr vergangen, in dem bei den Kommunen viele Ängste geschürt worden seien. Nach etlichen Treffen der Arbeitsgruppen sei jetzt aber "die Kuh vom Eis".

Entscheidend sei, dass man den Schwerpunkt auf die Qualität der Einrichtungen gelegt habe, so **Abg. Tammen**. Im Allgemeinen sei jedoch noch Luft nach oben und er frage sich, warum die teilweise großen Qualitätsunterschiede erst jetzt bekannt geworden seien. Beim Thema Finanzen und Gebühren gebe es für die Kommunen nun endlich eine angemessene Unterstützung. Die Gebühren seien bisher sehr inhomogen gewesen und es habe einen bunten Flickenteppich gegeben. Eine Einigung zu übereinstimmenden Gebühren solle so schnell wie möglich umgesetzt werden. Die angestrebten Ziele würde seine Gruppe sehr begrüßen.

**Abg. Albers** begrüßte, dass der vertragslose Zustand endlich beendet sei. Das gute Miteinander während der Verhandlungen sei richtig und wichtig gewesen. Der genaue Inhalt der Vereinbarung sei zwar noch nicht bekannt, die Grünen würden die Entwicklung jedoch kritisch begleiten. Sie hoffe auf eine faire Verteilung der Kosten zwischen dem Landkreis und den Gemeinden. Wichtiger sei jedoch der Fokus auf die Qualität. Insgesamt komme der inklusive Gedanke zu kurz, hier gebe es Verbesserungspotential. Eine transparente Evaluation der Vereinbarung sei zudem notwendig.

**Abg. Kleinert** erklärte, es sei sehr zu begrüßen, dass die Qualitätsstandards endlich beschrieben seien. Man sei nun gemeinsam in der Pflicht die Vereinbarung auch umzusetzen. Wichtig sei, dass Ziel der Umsetzung der einheitlichen Kita-Gebühren ab dem 01.08.2024 im Blick zu behalten. Dass der Haushalt des Kreises durch die Vereinbarung stärker belastet werde, sei vertretbar und sogar erforderlich. Insgesamt sei sie überzeugt, dass die Vereinbarung die Zukunft der Kitas auf sichere Beine stellen werde. **Abg. Kleinert** dankte allen Mitwirkenden für die konstruktive Zusammenarbeit und warb um Zustimmung.

Auch **Abg. Seelgen** begrüßte die neue Regelung, die über viele Jahre Sicherheit bringen würde. Die Zielsetzung sei ziemlich hoch und sie halte eine schnelle Angleichung der Qualitätsstandards für schwierig, wenn diese derzeit noch so unterschiedlich seien. Man müsse aufpassen, dass man nicht den zweiten Schritt vor dem ersten gehe.

**Abg. Meyerholz** erklärte, seine Fraktion wolle konkret wissen, über was man einen Beschluss fassen würde. Er stellte daher einen Änderungsantrag, dass der Beschlussvorschlag wie folgt laute:

"Nach Vorlage des mit den kreisangehörigen Kommunen abgestimmten Entwurfs der Kita-Vereinbarung wird dieser beschlossen."

**Landrat Meinen** zeigte sich verwundert über den Verlauf der Debatte. Im Jugendhilfeausschuss sei die Vereinbarung bei einer Enthaltung ohne große Diskussionen einstimmig beschlossen worden. Die Eckpunkte aus der Beschlussvorlage würden sich in der Vereinbarung wiederfinden. Er wies darauf hin, dass alle kreisangehörigen Kommunen sich mit dem Entwurf auseinandersetzen müssten. Am Ende werde man nichts beschließen, das nicht mit allen abgestimmt sei.

Der vorgelegte Entwurf habe Vorbildcharakter für ganz Nordwestdeutschland, so **Landrat Meinen**. Es seien klare Ausbauziele benannt und Qualitätsstandards festge-



legt worden. Zudem habe man nun die Chance auf einheitliche Krippengebühren im gesamten Landkreis. Man könne zur Modellregion für Ausbildung entwickelt werden. Inhaltlich und finanziell habe man sich mit den Städten und Gemeinden geeinigt. Wünschenswert sei jedoch eine stärkere Beteiligung des Landes. Am Ende gehe es aber nicht mehr darum, ob die Kommunen oder der Landkreis am Ende Gewinner der langen Verhandlungen seien. Gewinner seien die Kinder und darauf komme es an.

**Abg. Seelgen** fragte, was dagegen spreche, die endgültige Vereinbarung vorzulegen, sobald diese mit allen Kommunen abgestimmt sei. **Landrat Meinen** erklärte, er habe kein Problem damit, den endgültigen Entwurf vorzulegen.

**Abg. Wittmer-Kruse** wies darauf hin, dass seitens der Politik niemand den Ausführungen der Verwaltung widersprochen habe. Es sei lediglich gefordert worden, dass die Vereinbarung gut beraten werde und zu einem guten Ende komme.

**Abg. Meyerholz** erklärte ebenfalls, dass man keine anderen Ziele verfolge, sondern die Vereinbarung in Gänze kennen müsse, bevor sie in Kraft trete.

**Abg. Weiss** pflichtete seinen Vorrednern bei, dass nichts gegen die Vereinbarung spreche, der Kreistag aber das Endresultat noch einmal beschließen solle. Dies wäre auch ein Signal an die Gemeinden.

**Abg. Behrens** erklärte, alles schlecht zu reden sei der falsche Weg. Es scheine Misstrauen gegenüber der Verwaltung zu geben, dies sei jedoch nicht angebracht. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses sei die Vereinbarung einstimmig beschlossen worden, dies müsse auch heute das Ziel sein. Der finanzielle Rahmen sei gesetzt, die inhaltliche Arbeit müsse und könne jetzt erfolgen.

Sodann stimmte der Kreistag über den Änderungsantrag des Abg. Meyerholz ab:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 35      Enthaltungen: 2  
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Abschließend fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

**Die Verwaltung wird beauftragt, mit den kreisangehörigen Kommunen eine neue Vereinbarung zur Förderung von Kindern in Kindertagesstätten sowie über die Durchführung eines Qualitätssicherungsverfahrens (Kita-Vereinbarung) zu schließen. Diese neue Kita-Vereinbarung soll insbesondere Eckdaten zu den Themenbereichen Qualität, Ausbauziele, Kita-Gebühren, Finanzierung der Betriebskosten, Investitionskostenförderung, Abrechnung der Jahre 2021 und 2022 sowie zu einem einheitlichen Monitoring enthalten.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 41      Nein-Stimmen: 7      Enthaltungen: 2  
➔ **mehrheitlich beschlossen**



**TOP 10**      **Beschluss über die Richtlinie des Landkreises Aurich über die Förderung für Schwerpunkttagesstätten für Kinder und zur Exzellenzförderung (Qualitätsförderung)**  
**Vorlage: X/2023/010**

**Abg. van Gerpen** erklärte mit Blick auf die Beschlussvorlage, dass teilweise von Qualitäts- und teilweise von Exzellenzförderung gesprochen werde und fragte, welcher Begriff denn tatsächlich zutreffe oder wo der Unterschied liege.

**Herr Müller** erklärte, die Richtlinie baue auf die Kita-Vereinbarung auf. Sie solle die Qualität der Kitas unterstützen. **Herr von Prüssing** ergänzte, die Qualität werde in drei Stufen abgebildet. Der Mindeststandard leite sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen, dem Orientierungsplan für Bildung und Erziehung sowie fachlichen Empfehlungen des Landesjugendamtes ab. Darüber hinaus gebe es die Stufen "Schwerpunkt – Kita Qualität" und "Exzellenzförderung". Grundgedanke der Schwerpunktförderung sei, eine über die Mindeststandards hinausgehende Qualität in der Breite der Kitas zu fördern. Auf Grundlage der räumlichen Gegebenheiten und Kompetenzen der jeweiligen Kita-Teams könne bei Nachweis einer besonderen Qualität in einem der fünf möglichen Schwerpunkte eine Förderung über die Richtlinie erfolgen, so **Herr von Prüssing**.

Abzugrenzen sei dann die Exzellenzförderung, die pro Jahr und einmalig maximal drei Kitas zu Gute kommen solle. Ziel sei dabei, Kitas mit einer bereits sehr hohen Qualität weitere Entwicklungsmöglichkeiten für besondere pädagogische Exzellenz zu ermöglichen, führte **Herr von Prüssing** aus. Über die individuellen Projekte entscheide ein gemeinsam mit den Kommunen besetztes Auswahlgremium. Die "Exzellenz-Kitas" würden sich im Gegenzug verpflichten, am neuen System der "Konsultationskindertagesstätten Landkreis Aurich" im Jahr nach Projektabschluss teilzunehmen. Im Sinne von Best-Practice seien sie Multiplikatoren für ihren Themenschwerpunkt, würden anderen Kitas Hospitationen ermöglichen und andere Kitas in der Umsetzung von Projekten aus dem gleichen Themenfeld beraten. Abschließend wies **Herr von Prüssing** darauf hin, dass sich der Begriff Exzellenz aus dem Qualitätsmanagement herleite und nicht mit dem Early-Exzellenz-Ansatz der frühkindlichen Bildung verwechselt werden dürfe.

**Abg. Weiss** fragte, ob seitens der Verwaltung die Formel für die Förderhöhe erläutert werden könne.

**Herr Müller** erklärte, man habe für die Berechnung das Arbeitgeberbrutto der Entgeltgruppe S8a Stufe 3 zugrunde gelegt. Dies sei die für die Bearbeitung der Anträge relevante Entgeltgruppe. Dieses Brutto habe man den mit dem Stellenanteil einer Vollzeitkraft multipliziert, der für die Aufgabe erforderlich sei. Zusätzlich seien dann noch Sachkosten in Höhe von 5.000 € hinzugerechnet.

**Abg. Meyerholz** fragte, ob jede Kita pro Jahr den Anspruch auf 20.000 € Schwerpunktförderung habe und wie die Summen von 1,25 Mio. € in diesem und 2,5 Mio. € im nächsten Jahr zustande kommen würden. **Herr von Prüssing** bejahte zunächst die erste Frage. Im Bereich der Exzellenzförderung sei dies einmalig, man gehe von einer Förderdauer von 12 bis 18 Monaten aus. **Herr Müller** ergänzte, dass der Betrag für dieses Jahr geringer ausfalle, da es bereits begonnen habe und dem Verfahren ein Antrag vorgeschaltet sei. Die Bearbeitung dieser Anträge sei nur zu bewerkstelligen, wenn entsprechende Kapazitäten zur Verfügung stehen würden. Einige Kitas würden



daher bereits in diesem Jahr eine Förderung erhalten, einige aber auch erst im nächsten Jahr.

**Abg. Wittmer-Kruse** fragte, ob die beiden Fördermöglichkeiten auch parallel beantragt werden könnten. **Herr von Prüssing** bejahte dies, wies jedoch darauf hin, dass die Förderungen aufeinander aufbauen würden. Eine Exzellenzförderung sei damit erst dann möglich, wenn eine Qualitätsförderung bewilligt sei.

**Landrat Meinen** erklärte, er müsse die Sitzung zu diesem Zeitpunkt verlassen, da er noch einen wichtigen Anschlusstermin habe.

**Abg. Hi. Ubben** fragte, ob die Kitas jedes Jahr einen neuen Antrag stellen müssten. **Herr von Prüssing** erklärte, es handle sich um einen formlosen Antrag, den die Kitas eigenverantwortlich stellen könnten, sodass jede Kita ihre individuellen Stärken darstellen könne. Seitens der Verwaltung werde man offensiv auf die Einrichtungen zugehen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

**Die Richtlinie über die Förderung für Schwerpunkttagesstätten für Kinder und zur Exzellenzförderung (Qualitätsförderung) wird zum 01.01.2023 beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 42      Nein-Stimmen: 1      Enthaltungen: 6  
➔ **mehrheitlich beschlossen**

---

**TOP 11**      **Wirtschafts- und Stellenplan 2023 des Eigenbetriebes "Rettungsdienst des Landkreises Aurich"**  
**Vorlage: X/2023/014**

**Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan 2023 des Rettungsdienstes Landkreis Aurich Eigenbetrieb im Rahmen der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 und genehmigt den Stellenplan in der vorgelegten Fassung.**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 49      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 12**      **Wahl von 11 Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Geschworenen in den Amtsgerichtsbezirken Aurich, Emden und Norden für die Wahlperiode 2024 - 2028**  
**Vorlage: X/2022/152**

**Vorsitzender Behrends** zog das Los für den 5. Sitz im Amtsgerichtsbezirk Norden, das auf die Freien Wähler fiel.

Der Kreistag wählt aufgrund der Vorschläge der Vorsitzenden der Fraktionen folgende Vertrauenspersonen:

Für das Amtsgericht Aurich:

SPD: Enno Krüsmann, Anita Biller, Antje Harms

CDU/FDP-Gruppe: Arnold Gossel

Für das Amtsgericht Emden:

SPD: Alfred Jacobsen

CDU/FDP-Gruppe: Roelf Odens

Für das Amtsgericht Norden:

SPD: Kuno Behrends, Dorothea van Gerpen, Beate Ihmels

CDU/FDP-Gruppe: Udo Weilage

FW im Landkreis Aurich: Heinrich Ubben

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 49      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

➔ einstimmig beschlossen

---

**TOP 13**      Antrag der Fraktion Alternative für Deutschland vom 13.12.2022; Gehölzbeseitigungsmaßnahmen in Südbrookmerland stoppen, Maßnahmen erneut prüfen und Alternativen aufgreifen  
Vorlage: X-AF/2022/046

**Abg. Wittmer-Kruse** erklärte, seine Fraktion habe eine ähnliche Anfrage im zuständigen Fachausschuss gestellt. Dort hätten engagierte Mitarbeiter des Landkreises die Inhalt sehr gut und verständlich vermittelt. Den Antrag könne man daher nur ablehnen.

**Die zuständigen Gremien beauftragen die Verwaltung des Landkreises Aurich, den Vollzug von Baumfällungen und Gehölzrodungen rings um das Große Meer bis auf Weiteres sofort zu stoppen.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 0      Nein-Stimmen: 49      Enthaltungen: 0

➔ einstimmig abgelehnt

---

**TOP 14**      Resolution der Fraktion Alternative für Deutschland vom 13.12.2022; Gehölzbeseitigungsmaßnahmen in Südbrookmerland müssen gestoppt werden  
Vorlage: X-AF/2022/045

**Die Resolution "Die Baumfällungen und Gehölzrodungen rings um das Große Meer, im Vogelschutzgebiet V09 "Ostfriesische Meere" und im FFH-Gebiet 004 "Großes Meer, Loppersumer Meer", zwischen Wiegboldsbur und Georgsheil, in Forlitz-Blaukirchen, Bedekaspel und Engerhufe müssen sofort gestoppt werden" wird beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 0      Nein-Stimmen: 49      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig abgelehnt**

---

**TOP 15**      **Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 05.02.2023; Erweiterung der Zuständigkeit des ARUuK um den Aufgabenbereich Straßen und Wege**  
**Vorlage: X-AF/2023/005**

**Vorsitzender Behrends** erklärte, nach seinem Wissen sei der Antrag in der Fachausschusssitzung zurückgezogen worden.

**Abg. Meyerholz** korrigierte, er habe den Antrag im Fachausschuss nicht zurückgezogen. Baudezernent Ahten habe in der betroffenen Sitzung mitgeteilt, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz über den Themenkomplex informiert werden solle. Wenn dies so zutrefte bedürfe es keiner Abstimmung über den Antrag, da er sich erledigt habe. Er ziehe ihn daher nun zurück.

---

**TOP 16**      **Bericht des Landrates**

Es lag kein Bericht vor.

---

**TOP 17**      **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

**Abg. Stegemann** erklärte, sie wünsche sich, dass die Abstimmungsergebnisse jeweils bekannt gegeben würden.

---

**TOP 18**      **Einwohnerfragestunde**

Es lag keine Wortmeldung vor.

---

**TOP 19**      **Schließung der öffentlichen Sitzung**

**Vorsitzender Behrends** schloss um 16:37 Uhr die öffentliche Sitzung.

---

gez. Meinen  
Landrat

gez. Behrends  
Vorsitzender

gez. Schoone  
Protokollführerin